

## Grosser Rat Aargau

---

### Postulat von Thomas Burgherr, SVP, Wiliberg, vom 19.05.2015 betreffend ausgeglichenes Budget ohne Steuer- und Gebührenerhöhung, sowie eine jährliche Einlage in die Bilanzreserve.

---

#### Gesunde Finanzen – Effizienter Staat

Der Regierungsrat wird aufgefordert, in einem umfassenden Bericht vorzulegen, wie in den nächsten 4 Jahren ein ausgeglichenes Budget ohne Steuer- und Gebührenerhöhungen, sowie ohne Kostenabwälzung auf die Gemeinden möglich ist. Ein Massnahmenkatalog soll die erdenklichen Massnahmen enthalten. Der Bericht soll aufzeigen, welche gesetzlichen Anpassungen dafür nötig sind. Zudem soll dabei berücksichtigt werden, dass jährlich noch 20 Millionen Franken in die Bilanzreserve einfliessen.

#### Begründung:

Die schwierige finanzpolitische Situation des Kantons Aargau verlangt nach einem solchen Bericht. Dabei sollen aber nicht auf zusätzliche Einnahmen (Steuer- und Gebührenerhöhungen) und eine Lastenverschiebungen hin zu den Gemeinden gesetzt werden, sondern die stetig steigenden Staatsausgaben korrigiert werden. Die Ausgaben des Kantons sind von 1994 bis 2013 von 3 auf 5 Milliarden Franken angewachsen. Anstatt einfach die Einnahmen durch Steuern zu erhöhen, soll sich der Kanton wie ein Unternehmen in der Privatwirtschaft Gedanken machen, wie die Effizienz gesteigert werden kann, wo es Bereiche gibt, in welchen gespart und optimiert werden kann, sowie wo Unnötiges und Unwesentliches Eingang ins Budget gefunden hat. Es sollen auch Massnahmen berücksichtigt werden, welche eine Reduktion der Staatsaufgaben bedeutet und daher auch Gesetzesanpassungen nach sich ziehen. Der Staat sollte nur subsidiär das Nötigste tun.

Die Regierung soll aber auch unaufgeregt und sachlich darlegen, was die Konsequenzen solcher Massnahmen sind. Es bringt nichts und ist unredlich, wenn er nur auf Medienwirksamkeit ausgehend und politisch motiviert Schlagwörter wie „einschneidende Massnahmen“, „Leistungs- und Qualitätsabbau“ verwendet. Sparen heisst ja in der Regel nicht gesamthaft weniger ausgeben, sondern lediglich das Ausgabenwachstum stoppen. Somit werden keine Leistungen gestrichen. Der stetige Ausbau des Staatsapparates und der Staatstätigkeit sind das Problem.

Es gibt genug Bereiche, in den angesetzt werden kann. Klar ist, dass die Zentralbürokratie abgebaut werden muss und auf Perfektionismus und Prestigeprojekte verzichtet wird. Neue und teure Projekte müssen hinterfragt werden (z.B. Sozialplanung, hallo-aargau.ch, Personalrestaurant im Buchenhof, Neubau Verwaltungsgebäude für Gesundheitsdepartement, Abfallplanungsbericht, Informatikprojekte, familienergänzende Kinderbetreuung und Lehrplan 21). Bei der Kantonsverwaltung soll vor allem eine Reduktion des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit und der Stäbe im Fokus stehen. Im Bauwesen ist zu beachten, dass der Kanton nachweislich durchwegs viel teurer baut als dies Private tun. Hierbei braucht es griffige Massnahmen. Teurer Kunst am Bau darf es nicht mehr geben. Weitere Massnahmen im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) sind zwingend (Es wurden 76 Stellen geschaffen). Eine Reduktion der Überkapazitäten und Fehlanreize im Pflege- und Spitalbereich könnten im Gesundheitswesen Entlastung bringen. Privatisierungen von Staatsleistungen, welche privatwirtschaftlich einfacher und effizienter

gelöst werden könnten, müssen angedacht werden. Die Löhne für Beamte sollen der Privatwirtschaft angepasst werden.

Die Regierung muss endlich politisch Verantwortung übernehmen und zu Gunsten des steuerzahlenden Bürgers griffige Massnahmen zur Reduktion der Staatsausgaben aufzeigen.